

(KW44)

Aus der Fraktion

Wir unterstützen unsere starke heimische Landwirtschaft

Am Mittwoch ging es im Landtag Nordrhein-Westfalen um die Landwirtschaft. Der gemeinsame Antrag von CDU und FDP beinhaltet Forderungen für gute Rahmenbedingungen für die Landwirte in Nordrhein-Westfalen.

Landwirte versorgen uns mit Lebensmitteln, sie schaffen Arbeitsplätze und sind aktiv in Umwelt-, Tier- und Naturschutz. Sie übernehmen damit wichtige Aufgaben und haben unsere volle Anerkennung.

Nun wachsen die Herausforderungen sowohl für konventionelle Betriebe, als auch für Biohöfe. Aus Werkstattgesprächen in der Fraktion, Gesprächen mit Landwirten überall im Land und aus Diskussionen, wie zuletzt gestern vor dem Landtag, haben wir unsere Schlüsse gezogen.

Wir wollen unter anderem die Förderungen der EU im bewährten Umfang fortführen und zusätzlich verbesserte Anreize für Umweltmaßnahmen einführen. Wir brauchen den Bürokratieabbau in der Landwirtschaft, zum Beispiel beim tiergerechten Umbau von Ställen. Es ist wichtig, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und faktenbasierte Rahmenbedingungen für den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln umzusetzen. Sie müssen den Umweltschutz sicherstellen und gleichzeitig den Landwirten, auch in belasteten Gebieten, eine bedarfsgerechte Düngung ermöglichen.

Nur eine gesunde Landwirtschaft, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen immer hatten, kann modern, nachhaltig und wirtschaftlich erfolgreich sein. Deswegen werden wir weiterhin sachlich mit den Bauern sprechen und lösungsorientierte praktische Politik machen.

„Die Zukunft gehört nicht den Verhinderern, sie gehört den Erfindern!“

Nordrhein-Westfalen hat die Klimaschutzziele des Jahres 2020 bereits jetzt übertroffen. Damit nimmt das Land eine bundesweite Vorreiter-Rolle bei der Einsparung von CO₂ ein. CDU und FDP hatten am Mittwoch eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt.

Verbote, Populismus und Symbolpolitik, die alles verteufeln, was CO₂ ausstößt, sind der falsche Weg. Die Zukunft gehört nicht den Verhinderern, sie gehört den Erfindern! Nicht gegen, sondern nur mit einem florierenden Mittelstand und einer starken Industrie entstehen technische Innovationen, die die Welt jetzt braucht: Erfindungen für CO₂-Effizienz und den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen unserer Erde. Die Energiewende kann nur aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke heraus gelingen!

CDU und FDP geben fünfmal so viel Geld für Klimaschutz aus wie Rot-Grün. Das zeigt: Wir meinen es ernst mit der Energiewende! CO₂ in der Industrie mit technischen Lösungen zu vermeiden - das ist konkreter Klimaschutz der NRW-Koalition und ein starkes Bekenntnis zum Standort NRW, dem Industrie- und Energieland Nr. 1. Das stärkt Firmen und Arbeitsplätze und das Klima weltweit. Das ist Klimaschutz made in NRW!

Verantwortung für den Schutz unserer Kinder gerecht werden

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat am Freitag über einen gemeinsamen Antrag von CDU, FDP, SPD und Grünen abgestimmt, eine Kinderschutzkommission einzusetzen. Nach dem Vorbild des Deutschen Bundestags soll es auch in Nordrhein-Westfalen einen entsprechenden Unterausschuss geben.

Kinder haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten und sichern ihre Rechte – so steht es in der Verfassung unseres Landes. Wir als Landtag haben die Möglichkeit, für weitere Verbesserungen im Schutz von Kindern zu sorgen.

Die NRW-Koalition ist sehr froh, dass sich in der neuen Kommission damit beschäftigt wird, wie Verstöße gegen Kinderrechte rechtzeitig auffallen oder im besten Fall verhindert werden können. Ein enger Austausch mit Verbänden, Organisationen und Einrichtungen, die sich für die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen einsetzen, ist von besonderer Bedeutung und kann helfen, Systemlücken zu schließen. Die ‚Kinderschutzkommission‘ wird mit den nötigen Befugnissen ausgestattet sein wie der Vergabe von Gutachten, Einholung von wissenschaftlicher Expertise durch Fachleute sowie Durchführung von Anhörungen. Sie soll zudem dem Parlament jährlich Bericht erstatten.

Jedes Kind, das Opfer von Gewalt oder Missbrauch wird, ist ein Kind zu viel! Dieser Unterausschuss soll eine feste Institution über die Legislaturperiode hinaus werden und es ist ein wichtiges Signal, dass sich neben der FDP auch SPD und Grüne diesem gemeinsamen Antrag angeschlossen haben. Beim Thema Kinderschutz müssen alle parteipolitischen Befindlichkeiten zurückstehen.

Olympia 2032 soll an Rhein und Ruhr stattfinden

In einem gemeinsamen Antrag sprachen sich die demokratischen Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen am Donnerstag für eine Bewerbung der Olympischen und Paralympischen Spielen 2032 aus. Durch eine Änderung im Bewerbungsverfahren beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) können sich nun auch Regionen und nicht nur Städte bewerben. So ist es Nordrhein-Westfalen möglich, mit der Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ und somit mit 14 Städten aus dem Rhein-Ruhr-Raum an den Start zu gehen. Die Landesregierung wird sich für eine positive Bewerbungsentcheidung in Berlin einsetzen.

Die Olympischen Spiele 2032 in unserem Bundesland sollen Spiele von Menschen für Menschen sein. Daher ist die Unterstützung und Akzeptanz der Bevölkerung wichtig.

Den breiten Dialog der Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ soll daher mit geeigneten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung fortgeführt werden.

Olympia wird Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen. Die Sportvereine werden als Botschafter von Teamgeist, Leistungsbereitschaft, Fairness, gelebter Inklusion und interkultureller Verständigung eine Förderung des Nachwuchsbereiches erfahren. Durch das nachhaltige Konzept von „Rhein Ruhr City 2032“ werden unsere Kommunen gestärkt: Investitionen in Infrastruktur und den ÖPNV, vernetzte Mobilität und Digitalisierung. Das olympische Dorf kann beispielsweise im Nachgang der Spiele zu Wohnungen umgebaut werden, umso mehr Wohnraum in den Städten zu schaffen. Die Spiele in München 1972, Barcelona 1992 oder London 2012 haben es vorgemacht, wie Olympia gut und nachhaltig genutzt werden kann.

Die Bewerbung Nordrhein-Westfalens für Olympia ist ein Gegenentwurf zu dem vielfach teuren Gigantismus anderer Spiele. Viele Sportstätten sind bereits vorhanden und mit den bisherigen Sportgroßveranstaltungen bei uns haben wir bewiesen, dass es möglich ist: Handballweltmeisterschaft, Ruhr Games, Baseball Europameisterschaft und viele mehr. Die Erweiterung bestehender Sportstätten oder auch neu errichteter sollen den Sportvereinen auch nach Olympia zur Verfügung stehen.

Nordrhein-Westfalen ist bereit für eine der größten Sportveranstaltungen weltweit. Die Sportbegeisterung der Bürgerinnen und Bürger sorgen für die perfekte Stimmung in den Sportstätten und bieten so den Athletinnen und Athleten die passende Unterstützung für ihre Wettkämpfe.

Für ihre Bildungspolitik wurde Rot-Grün abgewählt

In der von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde am Donnerstag wurde deutlich, dass ein Lehrermangel an Grundschulen das Erbe rot-grüner Bildungspolitik ist.

Im Gegensatz zum bildungspolitischen Missmanagement der rot-grünen Regierungszeit hat die NRW-Koalition den nötigen Nachbesserungsbedarf erkannt und entsprechende Maßnahmen zur Stärkung der Grundschullandschaft eingeleitet. So wurden in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 sowie im Haushaltentwurf 2020 insgesamt mehr als 3000 zusätzliche Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Für die Zukunft investiert die NRW-Koalition seit 2017 in 700 neu geschaffene Studienplätze im Grundschullehramt – das ist ein Plus von 38%.

Als CDU-Fraktion haben wir bereits 2016 einen Antrag eingebracht, die damalige rot-grüne Regierung möge einen Masterplan Grundschule vorlegen, weil wir die Probleme deutlich gesehen haben und gegensteuern wollten. Den hat Rot-Grün damals abgelehnt. Heute wirft die SPD dieser Landesregierung Untätigkeit vor. Das ist einfach nur schäbig, denn wir alle wissen, wie lange eine Lehrerausbildung dauert. Wir können die Fehler von Frau Kraft und Frau Löhrmann nicht von heute auf morgen beheben. Aber das Chaos, das Rot-Grün damals aus ideologischen Gründen im Schulbereich angezettelt hat, hatte wenigstens ein Gutes: Sie sind dafür abgewählt worden.

Leistungsfähige Wasserwege - gut für die Wirtschaft, gut für die Umwelt

Am Donnerstag hat der Landtag einem Antrag der NRW-Koalition zum Thema Binnenschifffahrt zugestimmt.

Ein intaktes und leistungsfähiges Wasserstraßennetz ist Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Außerdem ist der Transport von Gütern zu Wasser wesentlich umweltfreundlicher, als auf der Straße. Ein Binnenschiff ersetzt 105 20-Tonnen-LKW.

Die Frage, warum sich die rot-grüne Vorgängerregierung nicht um die Infrastruktur der Wasserwege gekümmert hat – sie über Jahre hat verkommen lassen, bleibt unbeantwortet. Mit uns kommt die Mobilität auch in puncto Binnenschifffahrt jetzt massiv in Bewegung. Wir gehen den Sanierungsstau an und setzen uns in Berlin mit Nachdruck für eine Sanierung unserer Schleusen ein. Wir bringen die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern weiter voran, so wie es der Verkehrsminister jetzt schon macht. Das bezieht sich auch auf die für NRW relevanten Häfen in den Niederlanden und Belgien. Die Anbindung von Binnenschifffahrt und Schiene denken wir mit.

Planungsstellen haben Priorität, denn nur mit fähigen und genug Ingenieuren und Planern ist der Sanierungsstau, der uns hinterlassen wurde zu bewältigen. 15 Planungsstellen sind geschaffen worden und wir werden sie schnellstmöglich besetzen. Wir sind zudem in Gesprächen mit dem Bund und es wird als Soforthilfe eine Abordnung von Fachleuten aus anderen Bundesländern geben.

Nordrhein-Westfalen ist Binnenschifffahrtsland Nummer 1 und soll es auch bleiben. Aus leistungsfähigen Wasserwegen resultiert nicht nur eine Entlastung für die Straße, sondern auch für die Umwelt. Beides ist für den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen extrem wichtig.

Opferschutz weiter in den Fokus rücken

Am Freitag wurde im Landtag ein Antrag der NRW-Koalition zur psychosozialen Prozessbegleitung und der damit verbundenen Hilfe für traumatisierte Opfer beraten.

Die neuesten Missbrauchsfälle von Bergisch-Gladbach zeigen, dass Opferschutz mehr denn je in den Blickpunkt der Politik gerückt werden muss. Insbesondere die Opferrechte von Kindern, aber auch von erwachsenen Opfern müssen nachhaltig verbessert werden. Unsere parlamentarische Initiative setzt genau an dieser Stelle an. Denn: Es ist Zeit, dass wir ein starkes Zeichen für die Opfer und die Opferhilfe setzen.

Wenn Menschen Opfer einer schweren Straftat werden, bleiben sie oft traumatisiert und mit einem Gefühl der Hilflosigkeit zurück. Es ist kaum nachzuvollziehen, was es für sie, aber auch für Zeugen, bedeuten muss, bei einem langen Strafverfahren die Geschehnisse erneut durchleben zu müssen. Genau diese Menschen sollen wissen, dass die Politik an ihrer Seite steht und daher die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen schafft.

Mit der psychosozialen Prozessbegleitung steht ein wertvolles Instrument zur Verfügung, dass die bestehenden Angebote der Opfer- und Zeugenbetreuung ergänzt.

Dass sie noch zu wenig in Anspruch genommen wird, liegt nicht an einem mangelnden Bedarf, sondern mehr an einer fehlenden Bekanntheit. Mit einer Öffentlichkeitskampagne und Informationsangeboten in verschiedenen Sprachen sollen mehr Menschen darauf aufmerksam gemacht werden.“

Das gute Instrument der psychosozialen Prozessbegleitung muss im Sinne eines wirkungsvollen Opferschutzes noch weiter verfeinert und ausgestaltet werden. Dieses Ziel wird mit dem Antrag der CDU-Fraktion verfolgt. Außerdem soll das Angebot der psychosozialen Prozessbegleitung eine gewisse Selbstverständlichkeit in den jeweiligen Verfahren haben, beispielsweise durch standardisierte Formulare, beschleunigte Bearbeitung der Anträge und bessere Vernetzung von allen Verfahrensbeteiligten. Des Weiteren muss auf Bundesebene über eine Novellierung der Beiordnungsregelungen beraten werden. Insbesondere bei minderjährigen Opfern sollte das Antragserfordernis für eine Beiordnung entfallen. Bei Opfer von Sexualdelikten wie der Häuslichen Gewalt muss es einen Beiordnungsanspruch auch bei Straftaten wie der einfachen Körperverletzung (bspw. §§ 223, 224 StGB) geben.

Aus der Landesregierung

Drei Länder, drei Minister, eine Forderung: Bundesfinanzminister Scholz soll endlich zu Gesprächen über kommunale Altschulden einladen

Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sind auch die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen, für ihre Bürgerinnen und Bürger Infrastrukturen, Daseinsvorsorge und freiwillige Leistungen gewährleisten zu können, von zentraler Bedeutung. Gleichwohl werden Disparitäten zwischen den Kommunen bei Einnahmen und Ausgaben bleiben, die die Kommunen nur zum Teil selbst beeinflussen können – so weisen ländliche Gemeinden sowie strukturschwache Städte im Mittel eine unterdurchschnittliche Steuerkraft auf. Auf der Ausgabenseite haben insbesondere die stark unterschiedlichen Belastungen durch Sozialausgaben, die die Kommunen nur zum Teil beeinflussen können, starken Einfluss auf die Finanzlage. Ina Scharrenbach, Kommunalministerin in Nordrhein-Westfalen, Klaus Bouillon, Kommunalminister im Saarland, und Peter Beuth, Kommunalminister in Hessen: „Im Sommer 2019 hat die Bundesregierung erstmals anerkannt, dass die Belastung der Kommunen mit Altschulden eine Gefahr für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland darstellt. Es besteht die historische Chance, den betroffenen Kommunen Unterstützung beim Abbau der Schulden zukommen zu lassen. Noch im Sommer hieß es, die Länder werden zeitnah zu Gesprächen eingeladen. Auf diese Einladung warten wir bis heute. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Zusage einzuhalten und endlich die Länder einzuladen, damit wir in die Ausgestaltung einer kommunalen Altschuldenerleichterung kommen können.“

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen: „Bundesfinanzminister Scholz hat viel Zeit, Gespräche mit der Presse zu führen. Sein angeblich konkretes Konzept ist noch nicht einmal in Berlin selbst bekannt. Es wird Zeit, miteinander zu reden. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat immer ihre Bereitschaft erklärt, selbst einen substantiellen Beitrag zur Lösung der Altschuldenproblematik seiner Kommunen zu leisten. Dazu

bedarf es aber eines Gesamtkonzeptes, an dem sich neben dem Land und den Kommunen auch der Bund beteiligt. Die Zeit drängt. Neben der Altschuldenthematik müssen wir darüber hinaus dringend über neue Belastungen sprechen, die der Bund den Kommunen aufbürdet. Das gerade erst verabschiedete Angehörigenentlastungsgesetz ist der Sache nach zwar wünschenswert, es kann die Kommunen aber bis zu 500 Millionen Euro jährlich kosten. Das ist eine Politik zu Lasten Dritter.“

Klaus Bouillon, Minister für Inneres, Bauen und Sport im Saarland:

„Die sehr hohen kommunalen Altschulden hemmen die notwendigen Investitionen vor Ort und gefährden die Zukunft der Städte und Gemeinden. Gerade im Sozialbereich wurden oftmals Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne dass der Bund dafür notwendige und auskömmliche Mittel zur Verfügung stellt. Daher hat die saarländische Landesregierung den Saarlandpakt auf den Weg gebracht, durch den die Hälfte der kommunalen Altschulden im Saarland durch das Land übernommen und Investitionshilfen an die Städte und Gemeinde gewährt werden. Das Saarland ist dabei bis an die Grenzen seiner eigenen Möglichkeiten gegangen. Ohne ergänzende Hilfe des Bundes wird eine nachhaltige Lösung der Problematik nicht möglich sein. Daher fordern wir den Bund auf, Hilfe zu leisten.“

Peter Beuth, Minister für Inneres und Sport in Hessen: „Hessen hat mit der HESSENKASSE seinen Kommunen Kassenkredite in Höhe von fast fünf Milliarden Euro auf einen Schlag abgenommen, einen Konsolidierungsweg aufgezeigt und den Städten und Gemeinden den nachhaltigen Ausstieg aus der Schuldenspirale geebnet. Gleichzeitig haben wir auch alle erforderlichen gesetzlichen und aufsichtlichen Maßnahmen getroffen und damit sichergestellt, dass es eine Verschuldungspraxis aufgrund von Kassenkrediten zukünftig nicht mehr geben wird. Jetzt muss der Bund mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz seiner Verantwortung nachkommen und einen Beitrag zur Lösung der Altschuldenproblematik erbringen.“

Minister Pinkwart: Entscheidung von Tesla für den Elektromobilitätsstandort Deutschland eröffnet Chancen für Zulieferer in Nordrhein-Westfalen

Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie teilt mit:

Die Entscheidung des US-amerikanischen Fahrzeugherstellers Tesla zum Bau einer Fabrik in Brandenburg eröffnet neue Perspektiven auch für die Zuliefererindustrie in Nordrhein-Westfalen.

Wirtschafts- und Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „Herzlichen Glückwunsch an das Land Brandenburg. Es ist ein großartiger Erfolg für den Automobilstandort Deutschland, dass Tesla sich für den Bau der europäischen Fabrik im Umland von Berlin entschieden hat. Das ist auch eine gute Nachricht für die Industrie in Nordrhein-Westfalen: Die Ansiedlung eröffnet beste Chancen für die marktführenden Automobilzulieferer im Sauerland, in Südwestfalen und anderen Regionen. Sie hilft uns, unser bundesweit einzigartiges Elektromobilitätsnetzwerk von exzellenter Forschung, Herstellung und Anwendung weiterzuentwickeln.“

„Bis zum Schluss war der Standort Euskirchen im Rennen um die Gigafactory“, sagte Pinkwart weiter. „Mein Dank gilt allen Akteuren, die im Schulterchluss an der tollen Bewerbung mitgearbeitet haben. Dank beschleunigter Genehmigungsverfahren, schlanker Prozesse und der guten Zusammenarbeit der beteiligten Stellen sehe ich gute Perspektiven für Ansiedlungen in Nordrhein-Westfalen.“

Gemeinsam mit NRW.INVEST, der Bezirksregierung in Köln und den lokalen Partnern von Kreis und Stadt in Euskirchen wurden in den vergangenen Monaten starke Strukturen aufgebaut. Die Fläche in Euskirchen wurde weiterentwickelt. Gleichwohl können anders als in anderen Regionen keine Investitionshilfen gewährt werden.

„Der Wald im Klimastress“: Landesregierung setzt sich für eine bundesweite Baumprämie ein

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt sich für die Einführung einer bundesweiten Baumprämie ein, mit der die wertvollen Klimaschutz- und Ökosystemleistungen des Waldes besser honoriert werden. „Nur mit einem intakten Wald werden wir unsere Klimaziele erreichen können. Der Wald ist als grüne Lunge, CO₂-Senke, Lieferant nachwachsender Rohstoffe und Hort der Artenvielfalt unsere Lebensversicherung im Umgang mit dem Klimawandel. Unsere Wälder sind Kathedralen des Klimaschutzes. Ihre Leistungen müssen viel stärker als bisher anerkannt und gewürdigt werden“, sagte Umweltministerin Ursula Heinen-Esser zum Auftakt der Konferenz „Der Wald im Klimastress“ in Düsseldorf.

Darüber hinaus prüft das Umweltministerium als weiteres Instrument für Nordrhein-Westfalen die Einrichtung eines Waldfonds zur Unterstützung von Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung vielfältiger und klimastabiler Mischwälder. Ministerin Heinen-Esser: „Mit einem nordrhein-westfälischen Waldfonds würden wir die Möglichkeit für ein freiwilliges und regionales Angebot zur individuellen CO₂-Kompensation zum Wohle des Waldes schaffen.“

Rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Forstwirtschaft, Naturschutz, Wissenschaft, Politik und Kommunen sind der Einladung des Umweltministeriums Nordrhein-Westfalen gefolgt. Im Zentrum stand die Frage: Welche Anpassungen sind im Wald und in der Forstwirtschaft erforderlich, um die vielfältigen Waldfunktionen – Naturschutz, Erholung und Nutzen – gerade auch in Zeiten des Klimawandels ausgewogen sicherzustellen? „Die Wälder Nordrhein-Westfalens sind als CO₂-Senke ein bedeutender Klimaschützer, zugleich leiden sie massiv unter den Folgen des Klimawandels“, betonte Heinen-Esser: „Der Klimawandel muss einhergehen mit einem Wald- und Wertewandel. Die Leistungen des Waldes für die Allgemeinheit müssen insbesondere mit Blick auf den Klimawandel sichergestellt und besser honoriert werden.“

Baumprämie zur Anerkennung der Klima- und Ökosystemleistung

Die nordrhein-westfälischen Wälder speichern rund 700 Millionen Tonnen CO₂. Zusätzlich zur Speicherfunktion des Waldes trägt der Ersatz fossiler Materialien durch den nachwachsenden Rohstoff Holz zur Verringerung der CO₂-Emissionen bei. Darüber hinaus dienen Wälder der Erholung und als wertvoller Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Zudem sind sie entscheidend für die Regulierung des Wasser- und Temperaturhaushalts und damit ein Schlüssel einer erfolgreichen Klimaanpassungsstrategie.

Dies gilt insbesondere auch für Städte oder Ballungszentren, in denen Bäume und Wälder Temperaturspitzen aber auch Starkregenereignisse abfedern können.

Die vorgeschlagene bundesweite „**Baumprämie**“ könnte über die Einnahmen aus CO₂-Zertifikaten finanziert werden. „Dort, wo CO₂ gespeichert wird, müssen auch die Erlöse aus der Emission von Treibhausgasen spürbar ankommen“, unterstrich Heinen-Esser. Möglichkeiten zur Realisierung möchte das Umweltministerium mit der Bundesregierung und den weiteren Ländern kurzfristig erörtern.

Mit dem „**NRW-Waldfonds**“ möchte Umweltministerin Heinen-Esser ein regionales Angebot zur CO₂-Kompensation schaffen: „Wir prüfen derzeit die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten zur Einrichtung eines NRW-Waldfonds. Dieser Fonds könnte als Auffangbecken für freiwillige Kompensationsbeiträge von Unternehmen oder Privatpersonen dienen. Zugleich könnte er auch durch öffentliche Gelder gespeist werden.“

9 Millionen Euro Ad-hoc-Hilfe, über 100 Millionen Euro für Wiederbewaldung und Waldumbau

Sturm, Dürre und Borkenkäfer haben in den vergangenen beiden Jahren zu großen Schäden in den Wäldern geführt. „Die Lage in unseren Wäldern ist dramatisch. Mit großem Einsatz arbeiten die Waldbesitzerinnen und -besitzer und Forstleute derzeit an einer Begrenzung der Schäden. Hierfür gebührt ihnen nicht nur mein persönlicher Dank, sondern der Dank der Gesellschaft. Die Wiederbewaldung der Schadflächen wird für die nächsten Jahre eine große Aufgabe sein, die wir als Landesregierung nach Kräften unterstützen. Standortangepasste klimastabile Mischwälder müssen zur Regel werden“, so Heinen-Esser. Das NRW-Waldbaukonzept gibt hierzu Empfehlungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Standorte.

Für die Ad-hoc-Hilfe bei der akuten Schadensbewältigung hat die Landesregierung in diesem Jahr mehr als 9 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel bereitgestellt. Von den bislang beantragten Fördermitteln in Höhe von fast 7,8 Millionen Euro wurden bereits gut 7,1 Millionen Euro bewilligt. Für die Wiederbewaldung der Schadflächen sollen in den nächsten zehn Jahren 100 Millionen Euro zweckgebunden, jährlich flexibel und an den Bedarfen im Wald orientiert bereitgestellt werden. Zudem hat der Bund für die nächsten vier Jahre Mittel in Höhe 547 Millionen Euro für die Bewältigung der bundesweiten Schäden in den Wäldern angekündigt. Der Verteilungsschlüssel der Bundesmittel auf die Länder wird derzeit noch verhandelt.

Gemeinsamer Pakt für die Zukunft des Waldes

Nach umfangreichen Erhebungen im Wald wird das Umweltministerium am 25. November 2019 gemeinsam mit dem Landesbetrieb Wald und Holz die Ergebnisse der diesjährigen Waldzustandserhebung vorstellen. Basierend auf den Erkenntnissen der heutigen Konferenz, der Waldzustandserhebung sowie den Gesprächen im Rahmen der Task-Force-Käfer plant die Landesregierung einen erneuten Austausch mit den betroffenen Verbänden, um das gemeinsame weitere Vorgehen bei der Schadensbewältigung und der Waldentwicklung abzustimmen. Ziel ist ein gemeinsamer Pakt für die Zukunft des Waldes.

„Markt der Möglichkeiten“, neue Broschüre, neues Video

Im Rahmen der Konferenz präsentierten verschiedene Organisationen und Einrichtungen ihre Aktivitäten für Wald und Klimaschutz auf einem „Markt der Möglichkeiten“.

Pünktlich zur Konferenz hat das Umweltministerium Nordrhein-Westfalen zudem eine neue Broschüre rund um den Wald in Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Auch zwei aktuelle Videoproduktionen geben einen Einblick in die aktuelle Lage des Waldes und einen Ausblick auf Perspektiven. Die neue Broschüre und die Videos können unter www.umwelt.nrw.de eingesehen bzw. bestellt und heruntergeladen werden.

Offensive für mehr Lehrkräfte: Landesregierung und Hochschulen schaffen 1.000 neue Studienplätze

Die Landesregierung und die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vereinbaren eine gemeinsame Studienplatz-Offensive für die Lehrkräfte von morgen und schaffen im pädagogischen Bereich 1.000 zusätzliche Studienplätze an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Das hat das Landeskabinett bei seiner gestrigen Sitzung (12. November 2019) beschlossen. In den vier Bereichen Grundschullehramt, Sonderpädagogik, Pflegepädagogik und Sozialpädagogik können damit allein in den nächsten fünf Jahren bis zu 5.000 Studierende zusätzlich ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule beginnen. Der Ausbau der Studienplätze in der Pflegepädagogik erfolgt ab dem Wintersemester 2019/20, in den übrigen drei Bereichen ab dem Wintersemester 2020/21.

Mit dieser Entscheidung tragen die Landesregierung und die Hochschulen dem dringenden Fachkräftebedarf in den vier Bereichen sowie der jüngsten Lehrkräftebedarfsprognose für Nordrhein-Westfalen Rechnung. Die notwendigen Mittel in Höhe von rund 115 Millionen Euro bis 2025, die für den dauerhaften Ausbau der zusätzlichen Studienplatzkapazitäten notwendig sind, werden gemeinsam vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft und den beteiligten Hochschulen bereitgestellt.

„Erstklassige Bildung und gute Studienmöglichkeiten sind zentrale Ziele der Landesregierung. Mit 1.000 zusätzlichen Studienplätzen leisten das Land und die Hochschulen einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Lehrkräftemangel, von der Grundschule und der Sonderpädagogik über die Kinderbetreuung bis hin zur Pflege. Ich danke den Hochschulen für die konstruktiven Gespräche und ihr großes Engagement. Diese Studienplatz-Offensive für mehr Lehrkräfte ist nur im gemeinsamen Schulterschluss zwischen Hochschulen und Politik möglich“, sagt Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.

Im Grundschullehramt werden dauerhaft 300 zusätzliche Bachelor-Studienplätze und später anwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze eingerichtet. Damit haben Land und Hochschulen seit Beginn der Legislaturperiode im Grundschullehramt insgesamt 700 neue Plätze geschaffen und dauerhaft eingerichtet, eine Erhöhung um mehr als 38 Prozent.

Im Lehramt für sonderpädagogische Förderung (Lehrkräfte an Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen) werden die Kapazitäten um weitere 500 Bachelorplätze und später anwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze erweitert. Bereits 2018 waren in der Sonderpädagogik 250 zusätzliche Plätze geschaffen bzw. gesichert worden. In der aktuellen Legislaturperiode werden somit 750 neue Studienplätze für Sonderpädagogik dauerhaft eingerichtet, ein Plus von fast 65 Prozent.

Im Bereich Pflegepädagogik (für die Ausbildung späterer Lehrkräfte an Pflegeschulen) werden 110 neue Masterstudienplätze und eine entsprechende Zahl von Bachelorplätzen eingerichtet, und damit die Kapazitäten mehr als verdoppelt. In der Sozialpädagogik (Lehrkräfte an Berufskollegs für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern) sollen mindestens 80 zusätzliche Bachelorstudienplätze sowie die zugehörigen Masterplätze geschaffen werden, eine Erhöhung um mehr als 200 Prozent.

„Die Universitäten und die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sehen es als ihre gesellschaftliche Pflicht an, dem Lehrkräftemangel in diesen wichtigen Bereichen wirksam zu begegnen. Zwar sind die Studierenden- und Auslastungszahlen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen bereits jetzt auf Rekordniveau, doch geht es zugleich um eine so zentrale Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft, so dass hier schnelle Entscheidungen gefragt sind. Dass diese nun so rasch und umfassend getroffen wurden, resultiert nicht zuletzt aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium sowie der klaren Unterstützungszusage des Landes“, ordnen Prof. Lambert T. Koch, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, und Prof. Marcus Baumann, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, den Beschluss ein.

Auch die weiteren an der Studienplatz-Offensive beteiligten Ministerien sehen in der Schaffung der zusätzlichen Studienplätze ein starkes Signal der Landesregierung:

„Das Ministerium für Schule und Bildung setzt alles daran, den Lehrermangel wirksam zu bekämpfen. Mit der neuen Studienplatz-Offensive machen wir einen großen, entscheidenden Schritt voran. Wir werden damit die Lehrkräfteversorgung an unseren Schulen mittelfristig spürbar steigern. Zwei Maßnahmenpakete gegen den Lehrermangel haben wir bereits geschnürt, ein weiteres wird zurzeit erarbeitet. Damit schaffen wir eine weitere Voraussetzung für beste Bildung“, so Schulministerin Yvonne Gebauer.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: „Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Für eine ausreichende Anzahl an qualifizierten Pflegekräften müssen die Schul- und Ausbildungsplätze in der Pflege weiterhin stark ausgebaut werden. In der Folge entsteht ein erheblich erhöhter Lehrkräftebedarf an den Pflegeschulen. Wir brauchen deshalb dringend mehr Masterstudienplätze in der Pflegepädagogik, und ich bin froh, dass Land und Hochschulen nun die Grundlagen geschaffen haben, um deutlich mehr Lehrkräfte für die Pflegeausbildung zu qualifizieren.“

„Ich freue mich, dass wir mit den Universitäten eine Verabredung erzielt haben, um die Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte in diesen sensiblen Bereichen signifikant zu erhöhen. Das ist ein echter Durchbruch auf dem Weg zu mehr Fachkräften, die wir dringend benötigen“, so Kinder- und Jugendminister Dr. Joachim Stamp.

Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert Nachwuchs: Mehr als zwölf Millionen Euro für drei neue Graduiertenkollegs in Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälischen Hochschulen waren bei der Einwerbung von Fördergeldern für den wissenschaftlichen Nachwuchs erneut sehr erfolgreich: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in Nordrhein-Westfalen drei neue Graduiertenkollegs zur Förderung ausgewählt. Sie werden an den Universitäten Düsseldorf, Köln und Duisburg-Essen eingerichtet. Die Fördersumme liegt bei rund zwölf Millionen Euro. Insgesamt hat die DFG in Deutschland 16 neue Graduiertenkollegs bewilligt.

„Der Erfolg in diesem wichtigen DFG-Programm spricht für die ausgezeichnete Nachwuchsförderung an den nordrhein-westfälischen Hochschulen“, sagte Kultur- und Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poenggen. „Nordrhein-Westfalen bietet jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern exzellente Bedingungen für ihre Forschung. Die neuen Graduiertenkollegs bedeuten eine weitere Stärkung für den Forschungsnachwuchs – und für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.“

In den Graduiertenkollegs können Doktorandinnen und Doktoranden in einem Forschungs- und Qualifizierungsprogramm auf hohem fachlichem Niveau promovieren. Aktuell (Stand 1. November 2019) fördert die DFG deutschlandweit 221 Graduiertenkollegs, 45 davon in Nordrhein-Westfalen. Damit liegt Nordrhein-Westfalen bundesweit auf Platz eins, vor Baden-Württemberg (36) sowie Niedersachsen und Bayern (jeweils 24). Hinzu kommen die bewilligten Kollegs, die ab März 2020 ihre Arbeit aufnehmen. Sie werden zunächst viereinhalb Jahre lang gefördert.

Die neuen Graduiertenkollegs in Nordrhein-Westfalen:

- **Universität Düsseldorf**
GRK 2576/1 „vivid – in vivo-Untersuchungen der frühen Entwicklung des Typ-2-Diabetes“, Sprecher: Prof. Hadi Al-Hasani
 Neben einer erblichen Veranlagung gelten Bewegungsmangel und pränatale oder kindliche Überernährung als die wichtigsten Verursacher für Diabetes Typ 2. Die Zusammenhänge zwischen ungünstigen Lebensstilfaktoren in Schwangerschaft und Kindheit und dem Einsetzen einer gestörten Insulinwirkung in frühen Lebensphasen sowie die darauffolgende Funktionsstörung der insulinproduzierenden Zellen sind jedoch bislang nicht hinreichend verstanden. Das Graduiertenkolleg nimmt deshalb die molekularen Mechanismen der frühen Diabetesentstehung in den Blick.
- **Universität zu Köln**
GRK 2550/1 „Dynamische Regulation zellulärer Proteinlokalisationen“, Sprecher: Prof. Jan Riemer
 Proteine haben innerhalb einer Zelle nicht zwangsläufig nur eine Funktion, sondern können diese und ihren Standort sogar auf Außenreize hin wechseln. Zweck dieses Mechanismus ist es, die Komplexität des Proteoms – die Gesamtheit aller Proteine in der Zelle – zu erhöhen und die zelluläre Anpassung an eine Vielzahl von Signalen zu ermöglichen. Störungen in der Regulation der Proteinlokalisation sind bekanntlich oft mit zellulären Dysfunktionen und Krankheiten

verbunden, wie z.B. Krebs oder Parkinson. Das Graduiertenkolleg befasst sich mit den bislang wenig erforschten Mechanismen hinter diesen (Re-)Lokalisierungsereignissen und ihren funktionalen und physiologischen Konsequenzen.

- **Universität Duisburg-Essen**
GRK 2553/1 „Symmetrien und klassifizierende Räume: analytisch, arithmetisch und deriviert“, Sprecher: Prof. Ulrich Görtz
 Symmetrien und klassifizierende Räume sind grundlegende Konzepte zur mathematischen Ordnung der Welt. Diese zentralen Themen der Mathematik, die eine lange Geschichte haben und in der aktuellen Forschung eine wichtige Rolle spielen, stehen im Fokus des Graduiertenkollegs, das die Zusammenhänge und Übergänge zwischen diesen Konzepten aufzeigen will. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bedienen sich dabei eines breiten Methodenspektrums aus der Komplexen Analysis, der arithmetischen, klassischen und derivierten algebraischen Geometrie sowie aus der Topologie.

Bewilligte Fortsetzungsanträge:

Zudem wurde zwei Fortsetzungsanträgen zu bestehenden Graduiertenkollegs in Nordrhein-Westfalen bzw. mit nordrhein-westfälischer Beteiligung eine weitere Förderung bewilligt:

- **Universität Münster**
 GRK 2149/2 „Starke und schwache Wechselwirkung – von Hadronen zu Dunkler Materie“, Sprecher: Prof. Michael Klasen
- **Universität Hannover (mittelverwaltend) und Universität Bielefeld**
 GRK 2073/2 „Die Integration von theoretischer und praktischer Wissenschaftsphilosophie“, Sprecher: Prof. Torsten Wilholt (Universität Hannover)

Mehr Informationen zu den Graduiertenkollegs finden Sie bei der DFG: https://www.dfg.de/service/presse/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung_nr_55/index.html

Ministerin Gebauer: Vorlesen verbindet und ist auch an Schulen ein wichtiges Ritual

Am Freitag (15. November 2019) Morgen werden wieder quer durch die Republik und auch in Nordrhein-Westfalen viele Kinder in den Genuss einer ganz besonderen Vorlesestunde kommen: Am Bundesweiten Vorlesetag werden Bücher aufgeschlagen, Geschichten erzählt und somit vielen kleinen und großen Zuhörerinnen und Zuhörern eine Freude gemacht. Schulministerin Yvonne Gebauer wird an der Katholischen Grundschule St. Martin in Grevenbroich Schülerinnen und Schülern der 3. Klasse vorlesen. Die Ministerin betonte: „Der Vorlesetag ist mittlerweile eine schöne Tradition, die über den Tag hinaus ihre Bedeutung entfaltet. Wer einmal eine spannende Geschichte gehört hat und mit Helden in Büchern mitfiebert, der wird auch gerne selbst zu einem Buch greifen. Vorlesen ist ein so einfaches wie wichtiges Ritual, das Verbindung schafft und Geborgenheit vermittelt. Viele unserer Kindheitserinnerungen sind mit Erinnerungen an die ers-

ten Bücher verknüpft. Bücher eröffnen neue Welten und wichtige Kompetenzen werden spielerisch erlernt. Dieses Erlebnis soll allen Kindern und Jugendlichen offen stehen. Deswegen darf an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen das Vorlesen nicht fehlen. Viele Schulen haben eigene Schulbibliotheken und bauen zusätzliche Vorlesezeiten ein über den Unterricht hinaus. Wann immer sich eine Gelegenheit zum Vorlesen bietet, sollten wir sie nutzen.“

Der Bundesweite Vorlesetag ist eine gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Der Aktionstag findet seit 2004 jedes Jahr am dritten Freitag im November statt.

Land fördert Aufbau des „Versuchs- und Leitungszentrums Autonome Binnenschiffe“ in Duisburg mit 1,5 Millionen Euro

Verkehr von der Straße auf den Wasserweg bringen – das ist das Ziel eines neuen Projekts, für das Hendrik Schulte, Staatssekretär im Verkehrsministerium Nordrhein-Westfalen, heute den Startschuss gab.

Für den Aufbau eines Versuchs- und Leitungszentrums Autonome Binnenschiffe übergab Schulte einen Förderbescheid des Landes über 1,5 Millionen Euro am Rande einer Fachtagung der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft. Empfänger ist das Duisburger Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme e.V. (DST).

Das DST wird das Versuchs- und Leitungszentrum zusammen mit seinen Partnern aufbauen. Hierzu gehören die Universität Duisburg-Essen mit den Lehrstühlen „Institut für Schiffstechnik, Meerestechnik & Transportsysteme“ und „Mechatronik“ sowie die RWTH Aachen mit dem „Institut für Regelungstechnik“. Kernstück des Zentrums ist ein Simulator, mit dem Automatisierungsfunktionen, ferngesteuerte Binnenschiffe und Überwachungs- und Notfalleingriffe bei autonom fahrenden Schiffen erprobt werden können.

„Gerade am Logistikstandort Nordrhein-Westfalen, dem wichtigsten Binnenschiffahrtsland in Deutschland, müssen wir die freien Kapazitäten auf den Wasserwegen nutzen. Dafür werden hier innovative Technologien entwickelt und auch die Chancen der Digitalisierung und Automatisierung genutzt“, sagte Hendrik Schulte.

Mit zusätzlicher Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sollen bald die Forschungs- und Funktionsentwicklungsarbeiten im Versuchs- und Leitungszentrum beginnen. Die Forscher setzen auf die Entwicklung von Assistenzsystemen und Systemen zum automatisierten und perspektivisch zum autonomen Fahren. Damit können zukünftig das nautische Personal entlastet, das Problem des Fachkräftemangels entschärft und die Sicherheit und Effizienz der Binnenschiffahrt erhöht werden.

Dr.-Ing. Rupert Henn, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DST: „Auf Rhein und Ruhr, auf zahlreichen Kanälen zwischen Rhein und Weser, bildet Nordrhein-Westfalen eine ideale Modellregion, um die Chancen autonom fahrender Binnenschiffe mit Elektroantrieb für die Zukunft zu testen. Mit dem Simulator im Versuchs- und Leitungszentrum werden wir bald in der Lage sein, die Binnenschiffahrt immer stärker automatisiert abzubilden.“

Auf dem Endstück des Dortmund-Ems-Kanals vor dem Hafen Dortmund wird auch ein reales Testfeld für die Zukunft der Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen entstehen. Bereits 2021 sollen erste Testfahrten durchgeführt werden. Ocke Hamann, Geschäftsführer für den Bereich Standort, Digital, Innovation und Umwelt der Niederrheinischen IHK zu Duisburg: „Mit der Expertise aus Wissenschaft und Wirtschaft kann das Potenzial zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiff gehoben werden. Die Bedeutung der Binnenschifffahrt für Nordrhein-Westfalen ist groß, aber sie kann noch stärker werden.“

Heute werden in Nordrhein-Westfalen rund 25 Prozent aller Gütermengen mit dem Binnenschiff transportiert.